

Seite – 1 –

Pressekonferenz

„Zensus 2011 – Fakten zur Bevölkerung in Deutschland“

am 31. Mai 2013 in Berlin

Statement von Präsident Roderich Egeler

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach den jetzt vorliegenden Ergebnissen des Zensus 2011 lebten in Deutschland am 9. Mai 2011 rund 80,2 Millionen Einwohner.

Gegenüber der bisher gültigen Bevölkerungszahl aus der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung gab es am Zensusstichtag damit rund 1,5 Millionen weniger Einwohner in Deutschland als bislang angenommen. Die Fortschreibung fußt noch auf den Daten der Volkszählung 1987 im Westen beziehungsweise auf den Daten des zentralen Einwohnermelderegisters der DDR aus dem Oktober 1990 für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost.

Bestandteil des Zensus war auch eine Gebäude- und Wohnungszählung. Danach gab es in Deutschland am Zensusstichtag 41,3 Millionen Wohnungen, das waren 500 000 mehr als in der bisher gültigen Fortschreibung des Wohnungsbestandes ausgewiesen.

Bereits diese Ergebnisse zeigen schon deutlich, wie wichtig dieser Zensus für eine Neujustierung der Bevölkerungs- und Wohnungsdaten war.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Volkszählungsurteil von 1983 dazu aufgefordert, die Methoden zur Gewinnung statistischer Daten weiterzuentwickeln, um die Bevölkerung von Befragungen zu entlasten. Der Zensus 2011 sollte daher so belastungsarm wie möglich für die Bevölkerung und möglichst kosteneffizient durchgeführt werden, ohne bei der Qualität der Ergebnisse Abstriche hinnehmen zu müssen.

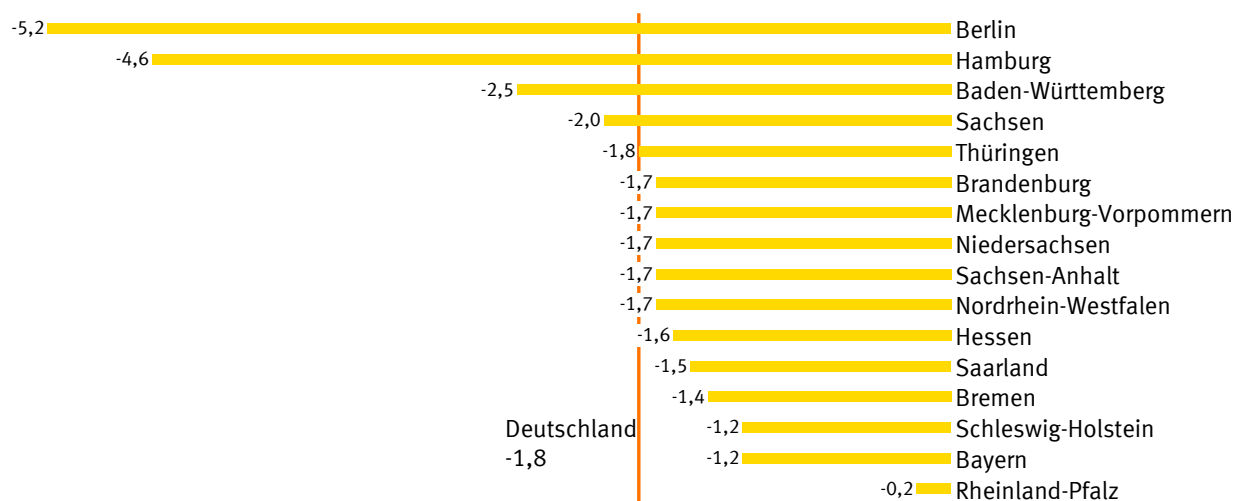
Beim Zensus 2011 wurden daher insbesondere bereits vorhandene Daten der öffentlichen Verwaltung, zum Beispiel Angaben aus den Einwohnermelderegistern oder den Personenregistern der Bundesagentur für Arbeit, statistisch ausgewertet. Ergänzend dazu wurden zum Zensusstichtag am 9. Mai 2011 rund 10 % der Bevölkerung durch Interviewerinnen und Interviewer zu wichtigen demografischen und sozioökonomischen Daten befragt und alle Eigentümer und Eigentümerinnen von Wohnraum schriftlich um Auskunft zu den Wohnungen und Gebäuden gebeten. Insgesamt war von allen Befragungen zum Zensus 2011 damit nur etwa ein Drittel der Bevölkerung betroffen.

Der Zensus 2011 fand statt, da die Europäische Union alle ihre Mitgliedstaaten verpflichtet hat, in diesem Jahr eine solche „Inventur“ durchzuführen und dies künftig alle zehn Jahre zu wiederholen. Die heute vorgestellten Ergebnisse basieren auf der Auswertung der wichtigsten demografischen und sozioökonomischen Zensusmerkmale zu den Themen Einwohnerstruktur, ausländische Bevölkerung und Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Erwerbstätigkeit, Bildung und Religion. Der zweite wichtige Themenblock sind ebenfalls regional differenzierte Informationen zum Gebäude- und Wohnungsbestand.

Plus und Minus bei den neuen Einwohnerzahlen – Bundesländer und Kommunen sind in unterschiedlichem Ausmaß betroffen

Im Bundesdurchschnitt hat Deutschland 1,8 % weniger Einwohner als in der bisherigen Bevölkerungsfortschreibung. In zwölf Bundesländern sind die Abweichungen geringer als 1,8 %, in vier Bundesländern sind sie größer. Die Stadtstaaten Berlin (– 5,2 %) und Hamburg (– 4,6 %) sind dabei am stärksten betroffen. Rheinland-Pfalz hat mit – 0,2 % die geringste prozentuale Abweichung.

Schaubild 1
Differenz der Einwohnerzahlen des Zensus 2011 im Vergleich zur Bevölkerungsfortschreibung zum 30. April 2011
in %



Seite – 3 –

Im Zensus 2011 wurden die Einwohnerzahlen aller 11 339 Gemeinden ermittelt. In 7 013 Gemeinden (62 %) gab es am 9. Mai 2011 weniger Einwohner als bisher ausgewiesen. In 206 Gemeinden gab es keine Unterschiede zum Ergebnis der bisherigen Bevölkerungsfortschreibung und 4 120 Gemeinden (36 %) haben nach dem Zensus 2011 höhere Einwohnerzahlen als bislang angenommen.

Deutschland hat auch nach dem Zensus 2011 vier Millionenstädte: Berlin, Hamburg, München und Köln. Köln hat zwar etwas weniger Einwohner (– 3 654), bleibt aber über der Millionengrenze.

76 Städte hatten am 9. Mai 2011 mindestens 100 000 Einwohner. Im Vergleich mit den Zahlen der bisherigen Bevölkerungsfortschreibung verloren vier Städte (Siegen, Hildesheim, Salzgitter und Cottbus) diesen Status.

In 16 Städten lag die Abweichung zur Fortschreibung bei mindestens 10 000 Einwohnern. In absoluten Zahlen gab es die größten negativen Abweichungen in Berlin (– 179 391) und Hamburg (– 82 833). Prozentual betrachtet wurden bei den Großstädten die größten negativen Differenzen für Aachen (– 8,5 %), Mannheim (– 7,5 %), Würzburg (– 6,8 %), Freiburg im Breisgau (– 6,6 %) sowie für Offenbach am Main und Osnabrück (– 6,4 %) festgestellt. Die größte positive Abweichung gab es in Bielefeld (+ 3 724 Einwohner).

In Deutschland leben weniger Ausländerinnen und Ausländer als bisher angenommen

Am Zensusstichtag hatten von den 80,2 Millionen Einwohnern etwa 74 Millionen (92,3 %) die deutsche Staatsangehörigkeit. Knapp 6,2 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner (7,7 %) hatten ausschließlich eine ausländische Staatsangehörigkeit. In Hamburg (12,4 %), Hessen (11,1 %), Berlin (11,3 %), Baden-Württemberg und Bremen (jeweils 10,8 %) lag der Ausländeranteil deutlich über dem Bundesdurchschnitt. In den neuen Bundesländern betrug er zwischen 1,5 % und 1,9 %.

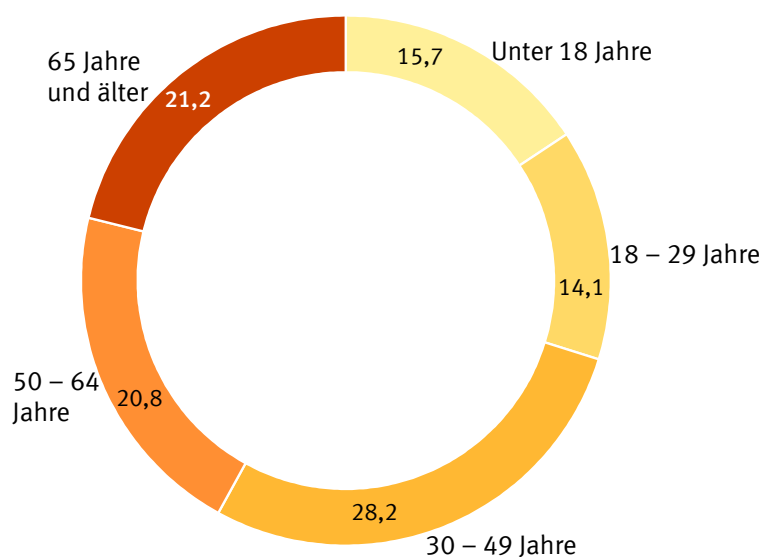
Die Einwohnerzahl der Deutschen ist im Vergleich zu den bisher ausgewiesenen Angaben um 428 000 Personen niedriger (– 0,6 %). Bayern (+ 41 000), Rheinland-Pfalz (+ 29 000), Saarland (+ 4 000) und Bremen (+ 3 000) haben mehr deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger als bisher in der Bevölkerungsfortschreibung ausgewiesen. In den anderen Bundesländern leben nach dem Zensus 2011 weniger Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit als bislang angenommen.

Bei den Ausländerinnen und Ausländern ist die Differenz mit – 14,9 % oder – 1,1 Millionen Personen deutlich größer als bei den Deutschen. Besonders deutliche Abweichungen bei der Zahl der Ausländerinnen und Ausländern gibt es in den einwohnerstarken Bundesländern Nordrhein-Westfalen (– 278 000), Bayern (– 190 000) und Baden-Württemberg (– 149 000).

Mit den neuen Einwohnerzahlen hat sich die Altersstruktur nicht gravierend verändert

Aus den bisher vorliegenden Ergebnissen des Zensus 2011 mit zusammengefassten Altersgruppen lässt sich keine gravierende Veränderung der Altersstruktur im Vergleich zur bisherigen Bevölkerungsfortschreibung erkennen. Bei einer Betrachtung der Altersgruppen, die nach dem Geburtsjahr gebildet wurden, liegt der Anteil der Bevölkerung in den Altersklassen „unter 18 Jahre“ bei 15,7 %, die 18- bis 29-Jährigen bei 14,1 %, die 30- bis 49-Jährigen bei 28,2 %, die 50- bis 64-Jährigen bei 20,8 % und die 65-Jährigen und älteren bei 21,2 %.

Schaubild 2
Altersgruppen im Zensus 2011
in %



Statistisches Bundesamt

Knapp 34 000 eingetragene Lebenspartnerschaften in Deutschland

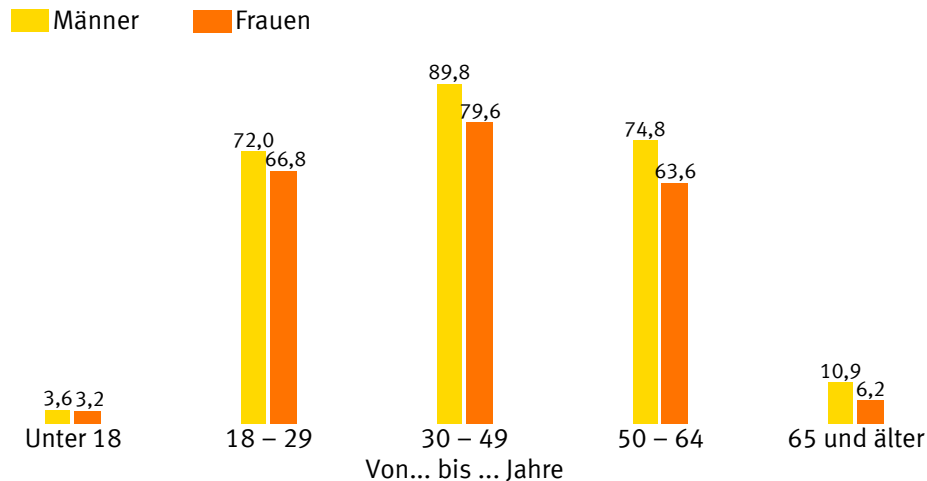
Neben den 18,2 Millionen Ehen gab es am Zensusstichtag in Deutschland knapp 34 000 eingetragene (gleichgeschlechtliche) Lebenspartnerschaften, davon waren rund 40 % Lebenspartnerschaften von Frauen. Insgesamt lebten 5 700 Kinder in Familien, deren Eltern eine eingetragene Lebenspartnerschaft führten, die meisten davon (86 %) in Lebenspartnerschaften von Frauen.

Es gibt 40 Millionen Erwerbstätige in Deutschland

In Deutschland waren zum Zeitpunkt des Zensus rund 40 Millionen Menschen erwerbstätig, 53,2 % Männer und 46,8 % Frauen. Die im Zensus 2011 ermittelten Erwerbstätigenzahlen liegen damit nahe bei den Ergebnissen des Mikrozensus 2011. Die Erwerbstätigenquote, das heißt der Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis 74 Jahren an der Bevölkerung im gleichen Alter, betrug beim Zensus 64,5 %. 2,1 Millionen Personen waren erwerbslos. Die Erwerbslosenquote, hier der Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis 74 Jahren an der Anzahl der Erwerbspersonen im gleichen Alter betrug 5,1 %.

In der Altersgruppe der 30- bis 49-Jährigen war der Anteil der Erwerbstätigen sowohl bei Männern (89,8 %) als auch bei Frauen (79,6 %) am höchsten. In der Altersgruppe ab 65 Jahren waren noch 10,9 % der Männer und 6,2 % der Frauen erwerbstätig.

Schaubild 3
Anteil der erwerbstätigen Männer und Frauen nach Altersgruppen
in %



Statistisches Bundesamt

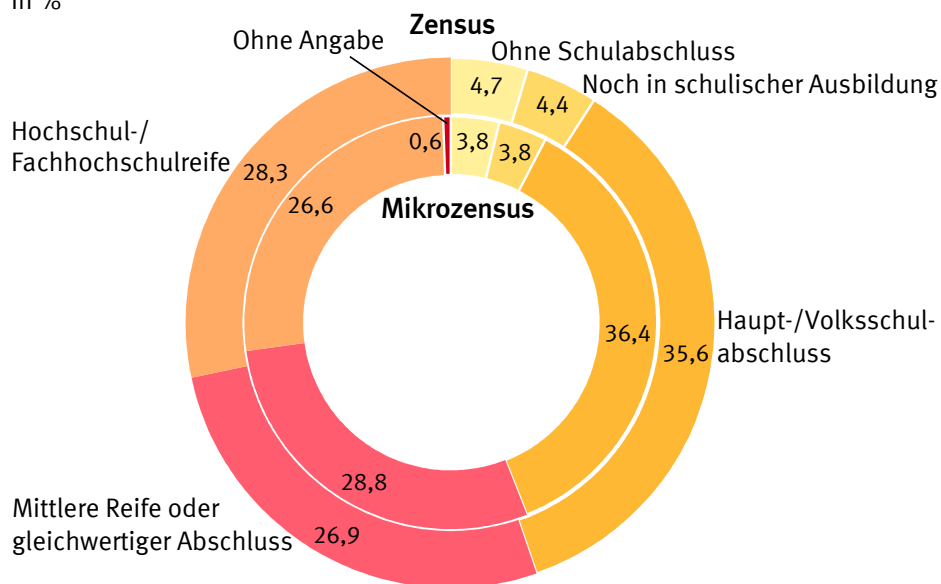
28,3 % der Bevölkerung über 15 Jahre besitzen die Fachhochschul- oder Hochschulreife

Das deutsche Bildungssystem steht angesichts des demografischen Wandels vor großen Herausforderungen. Die Ergebnisse des Zensus 2011 ermöglichen regional tiefe Analysen des Bildungsstandes. Eine wichtige Kenngröße ist dabei die Verteilung der Schul- und Ausbildungsabschlüsse nach Abschlussart.

Ein Blick auf die Verteilung der Abschlussarten zeigt, dass am Zensusstichtag 35,6 % der über 15-Jährigen einen Haupt- beziehungsweise Volksschulabschluss hatten, 26,9 % besaßen die mittlere Reife oder einen gleichwertigen Abschluss und 28,3 % die Fachhochschul- oder Hochschulreife. 4,4 % der über 15-Jährigen gingen am Zensusstichtag noch zur Schule. Ohne Schulabschluss waren 4,7 %, das sind 3,2 Millionen Menschen.

Im Vergleich mit dem Mikrozensus 2011 sind zwar Abweichungen der Anteilswerte erkennbar, im Wesentlichen bestätigen aber die Ergebnisse des Zensus 2011 die im Mikrozensus erhobenen Daten.

Schaubild 4
Bevölkerung ab 15 Jahren nach höchstem Schulabschluss im Zensus 2011 im Vergleich zum Mikrozensus 2011
in %



Statistisches Bundesamt

Jüngere Personen erlangen häufiger höhere Schulabschlüsse

Jüngere Menschen haben wesentlich häufiger einen höheren Schulabschluss als die älteren: In der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen konnten 30,2 % die mittlere Reife oder einen gleichwertigen Abschluss sowie 39,7 % die Fachhochschul- oder Hochschulreife vorweisen. Bei den 50- bis 64-Jährigen hingegen lag der Anteil mit mittlerer Reife oder einem gleichwertigen Abschluss bei 29,1 % und der Anteil mit Fachhochschul- oder Hochschulreife bei 26,6 %. Noch deutlicher ist der

Seite – 7 –

Unterschied zu den ab 65-Jährigen. Hier hatten lediglich 14,4 % die mittlere Reife oder einen gleichwertigen Abschluss und 15,5 % die Fachhochschul- oder Hochschulreife.

15,1 % der Bevölkerung über 15 Jahre haben einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss

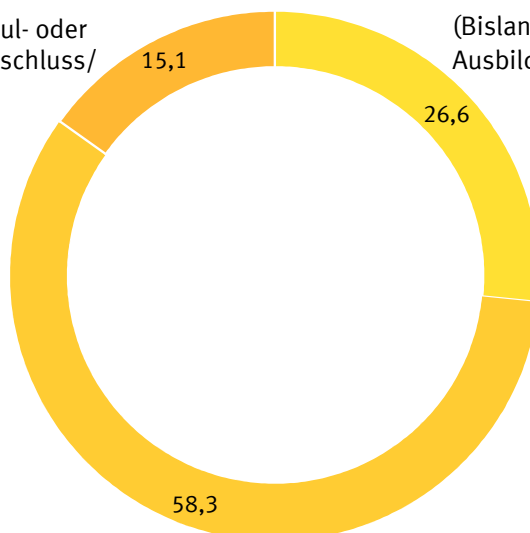
Eine berufliche Ausbildung von mindestens einem Jahr haben 58,3 % der über 15- Jährigen absolviert. 15,1 % verfügten über eine Fachhochschul- oder Hochschulabschluss beziehungsweise haben promoviert. Der Anteil der Personen mit (bislang) keinem beruflichen Bildungsabschluss liegt bei 26,6 %.

Schaubild 5
Bevölkerung ab 15 Jahren nach höchstem beruflichen Ausbildungsabschluss

in %

Fachhochschul- oder Hochschulabschluss/
Promotion

(Bislang) ohne beruflichen Ausbildungsabschluss



Abschluss einer beruflichen Ausbildung von mindestens 1 Jahr

Statistisches Bundesamt

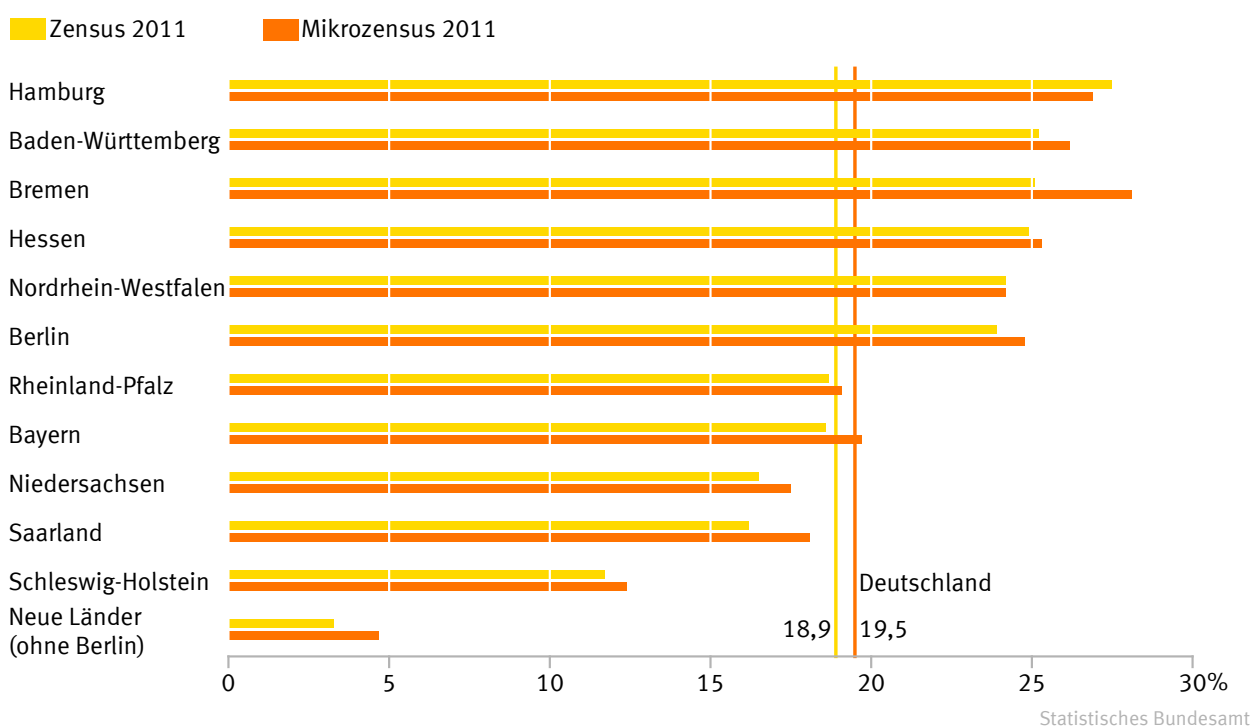
Jüngere Menschen haben häufiger einen akademischen Abschluss

Wie bei den Schulabschlüssen ist auch bei den beruflichen Ausbildungsabschlüssen ein größerer Anteil höherer Abschlüsse in jüngeren Altersgruppen erkennbar. Bei den 30- bis 49-Jährigen verfügten 20,0 % über einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss beziehungsweise über eine Promotion, wohingegen bei den 50- bis 64-Jährigen der Anteil nur noch 17,9 % betrug. Bei den ab 65-Jährigen sank der Anteil mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss beziehungsweise Promotion sogar auf 11,2 %.

Knapp 19 % der Bevölkerung haben einen Migrationshintergrund

Der Zensus 2011 liefert auch Informationen zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Als Personen mit Migrationshintergrund zählen im Zensus 2011 alle Ausländerinnen und Ausländer sowie alle Deutschen, die nach 1955 auf das Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland zugewandert sind oder mindestens einen nach 1955 zugewanderten Elternteil haben.

Schaubild 6
Anteile der Bevölkerung mit Migrationshintergrund



Der Zensus 2011 weist für Deutschland insgesamt etwa 15 Millionen Personen mit Migrationshintergrund aus; dies entspricht einem Anteil von 18,9 % der Bevölkerung. Dieser Anteil variiert beträchtlich zwischen den Bundesländern. Der höchste Anteil ist mit 27,5 % in Hamburg zu verzeichnen, gefolgt von Baden-Württemberg (25,2 %) und Bremen (25,1 %). Den geringsten Anteil weist bei den westlichen Bundesländern Schleswig-Holstein (11,7 %) auf. In den westdeutschen Großstädten ab 100 000 Einwohnern schwankt der Anteil zwischen 15,8 % in Lübeck und 48,9 % in Offenbach am Main. Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund liegt in allen östlichen Bundesländern unter 5 %. In Berlin haben 23,9 % der Einwohner einen Migrationshintergrund.

Der beim Zensus 2011 festgestellte Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund für Deutschland insgesamt ist mit 18,9 % niedriger als der entsprechende Wert aus dem Mikrozensus 2011 (19,5 %). Mit Ausnahme Hamburgs und Nordrhein-Westfalens trifft dies für alle übrigen

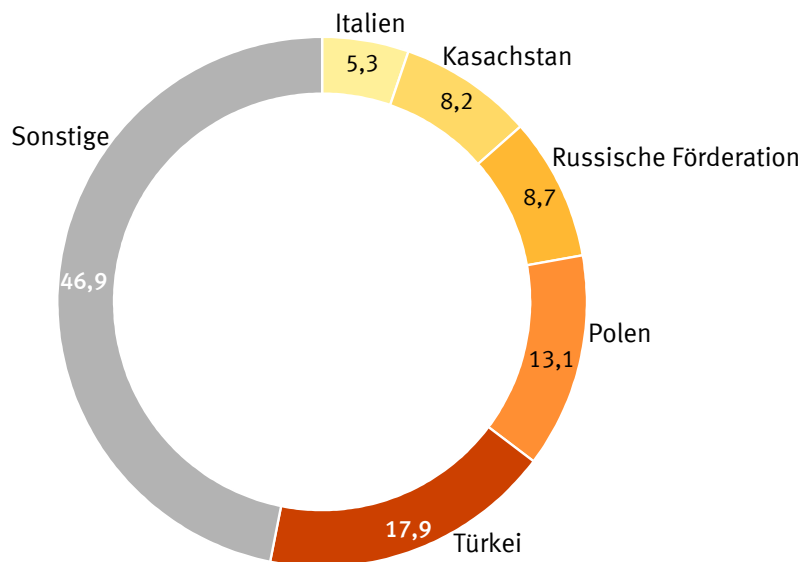
Bundesländer zu. Besonders ausgeprägt ist die Differenz zwischen Zensus und Mikrozensus in Bremen sowie in den neuen Bundesländern.

Die wesentliche Ursache hierfür ist die schon erwähnte überproportionale Abweichung der Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit beim Zensus 2011 gegenüber den in der bisherigen Bevölkerungsfortschreibung nachgewiesenen Ausländerzahlen.

Nur knapp 40 % der Einwohner mit Migrationshintergrund sind Ausländerinnen und Ausländer. Davon ist der überwiegende Teil (etwa 70 %) selbst zugewandert. Gut 60 % aller Personen mit Migrationshintergrund besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit; von ihnen hat etwas mehr als die Hälfte den Migrationshintergrund aufgrund eigener Zuwanderung, während etwas weniger als die Hälfte bereits in Deutschland geboren ist und die Migranteneigenschaft auf Grund des Zuzugs mindestens eines Elternteils hat.

Die zahlenmäßig bedeutsamsten Herkunftsländer sind die Türkei (17,9 %) und Polen (13,1 %). Es folgen Russland (8,7 %) und Kasachstan (8,2 %) sowie Italien (5,3 %). Damit kommt aus fünf Herkunftsländern bereits mehr als die Hälfte (53 %) aller Menschen mit Migrationshintergrund.

Schaubild 7
Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Herkunftsländern
in %



Statistisches Bundesamt

Für 17 % der Bevölkerung liegen keine Angaben zur Religion oder zur Glaubensrichtung vor

Die hier vorgestellten Ergebnisse zu Religionszugehörigkeit und zum Glaubensbekenntnis speisen sich aus zwei Fragen, die in der Haushaltebefragung des Zensus 2011 gestellt wurden. Zum einen gab es die Frage zur Mitgliedschaft in einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft, die alle

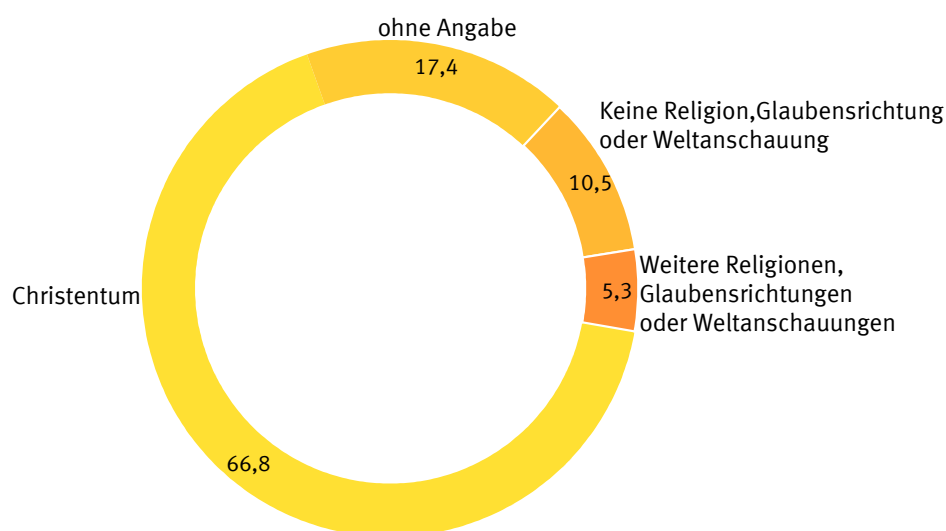
Seite – 10 –

Befragten beantworten mussten. Traf hier keine Angabe zu, konnte freiwillig die Frage nach Religion, Glaubensbekenntnis oder Weltanschauung beantwortet werden. Für 17,4 % der Bevölkerung Deutschlands wurde diese Frage letztlich nicht beantwortet. Trotzdem ist davon auszugehen, dass ein Teil dieser Menschen einer Religion, Glaubensrichtung oder Weltanschauung angehört. Deshalb wird mit den Zensusergebnissen die Zugehörigkeit der Bevölkerung zu einer Religion oder Glaubensrichtung unterschätzt.

Zu den Christen zählen laut Zensus 2011 gut zwei Drittel der Einwohner; dies ist damit die größte Religions- und Glaubensgemeinschaft in Deutschland. 3,8 % von ihnen bekennen sich zum Christentum, ohne aber Mitglied einer christlichen öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft zu sein.

10,5 % der Einwohner gaben an, keiner Religion oder Weltanschauung anzugehören. Im Osten Deutschlands liegt der Anteil der Konfessionslosen mit rund 33 % weit über dem entsprechenden Anteil im Westen (6 %).

Schaubild 8
Verteilung der Bevölkerung nach Weltreligionen in Deutschland
in %



Statistisches Bundesamt

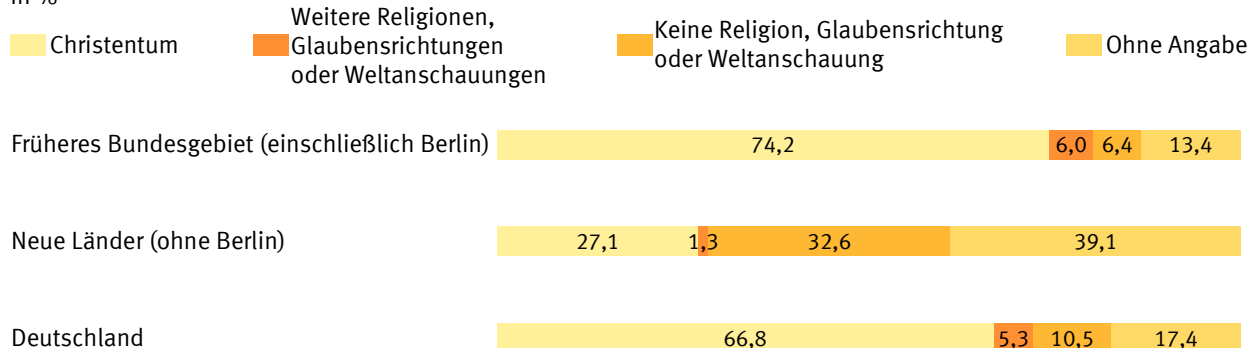
Beim Zensus 2011 haben sich relativ wenige Menschen zu einer der Weltreligionen Judentum, Islam, Buddhismus und Hinduismus bekannt. Die Werte gehen von 0,1 % (Hinduismus) bis 1,9 % (Islam). Es ist jedoch davon auszugehen, dass gerade die Anhänger dieser Religionen überproportional häufig von der Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, auf die Beantwortung der Frage zur Religionszugehörigkeit zu verzichten. Das bedeutet bedauerlicherweise auch, dass der Zensus 2011 keine verlässlichen Ergebnisse zu diesen Religionen in Deutschland bereitstellen kann.

Seite – 11 –

Schaubild 9

Verteilung der Bevölkerung nach Weltreligionen im Ost-West-Vergleich

in %



Statistisches Bundesamt

Gebäude- und Wohnungszählung: 2011 gab es in Deutschland 500 000 Wohnungen mehr als bisher angenommen

Auch für Gebäude und Wohnungen war im vereinigten Deutschland eine Inventur notwendig. Am Zensusstichtag gab es in Deutschland 19,1 Millionen Gebäude mit Wohnraum und knapp 10 000 bewohnte Unterkünfte – das sind zum Beispiel Wohncontainer, Gartenlauben oder fest verankerte Wohnschiffe. Die Zahl der Wohnungen lag insgesamt bei 41,3 Millionen.

Vergleicht man die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 2011 (GWZ 2011) mit den Ergebnissen der bisherigen Fortschreibung des Wohnungsbestandes, so stellt man eine relativ gute Übereinstimmung fest. Den 40,8 Millionen Wohnungen in Gebäuden mit Wohnraum aus der GWZ 2011 – aus Gründen der Vergleichbarkeit bleiben hier die Wohnungen in Wohnheimen sowie in bewohnten Unterkünften außer Betracht – stehen 40,3 Millionen Wohnungen aus der bislang gültigen Fortschreibung des Wohnungsbestandes gegenüber.

Dies bedeutet, dass die Bautätigkeitsstatistik in den Jahren zwischen den Gebäude- und Wohnungszählungen für Deutschland insgesamt gesehen Neubauten und Abrisse gut erfassen konnte.

Mit dem Zensus 2011 steht darüber hinaus auch in kleinräumiger Gliederung eine zuverlässige neue Datenbasis für den Wohnungsbestand zur Verfügung.

Die Mehrheit der Haushalte wohnt zur Miete

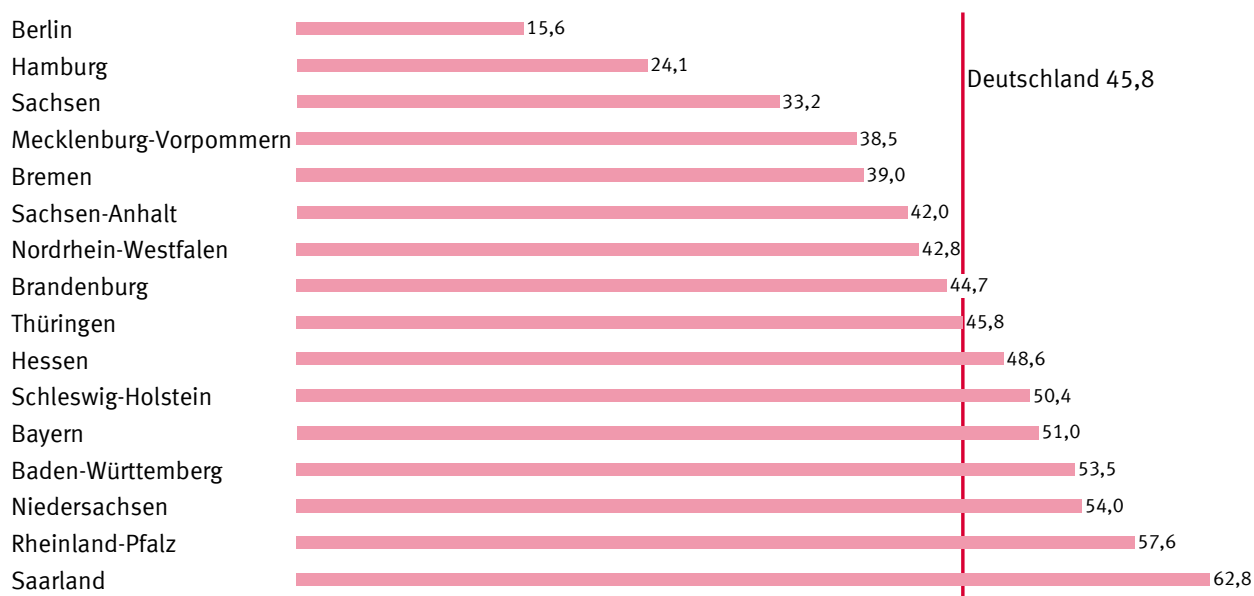
Deutschland zeichnet sich im internationalen Vergleich traditionell durch eine niedrige Eigentümerquote aus. Die Eigentümerquote bezeichnet denjenigen Anteil der bewohnten Wohnungen, die von den Eigentümern selbst bewohnt werden. Bei der Diskussion um die Vermögensbildung zur Alterssicherung der Bevölkerung wird der Eigentümerquote eine große

Bedeutung beigemessen. Seit Jahren ist die Eigentümerquote langsam aber kontinuierlich gestiegen und liegt nach den Ergebnissen der GWZ 2011 bei 45,8 %. Am 9. Mai 2011 wohnte in Deutschland also noch immer die Mehrheit der Haushalte zur Miete. Jedoch gibt es deutliche regionale Unterschiede.

Die Länder im Südwesten haben die höchsten Eigentümerquoten, allen voran das Saarland (62,8 %) und Rheinland-Pfalz (57,6 %). Berlin dagegen ist eine Mieterstadt. Mit einer Eigentümerquote von nur 15,6 % hebt sich die Hauptstadt deutlich von den übrigen Ländern und auch von den anderen Stadtstaaten ab.

Schaubild 10
Eigentümerquote

Anteil der vom Eigentümer bewohnten Wohnungen an allen bewohnten Wohnungen in %



In Wohngebäuden, ohne Wohnheime (ohne Ferien- und Freizeitwohnungen, ohne gewerblich genutzte Wohnungen und ohne Diplomatenwohnungen/Wohnungen ausländischer Streitkräfte)

Statistisches Bundesamt

Die Leerstandsquote liegt bei 4,4 %

Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt hängen von vielen Faktoren ab. Die Nachfrage nach und das Angebot an Wohnraum gleicht sich häufig nicht aus.

Mit den Ergebnissen der GWZ 2011 stehen regional tief gegliederte Daten über den Wohnungsleerstand zur Verfügung, wobei mit dem bloßen Vorhandensein freier Wohnungen noch keine Aussage über deren Preis, Lage, Zuschnitt oder Sanierungsstand verbunden ist. In Wohngebäuden liegt die Leerstandsquote in Deutschland insgesamt bei 4,4 % (ohne Wohnheime). Bezogen auf die Bundesländer ist das Bild geprägt von höheren Leerstandsquoten im Osten.

Seite – 13 –

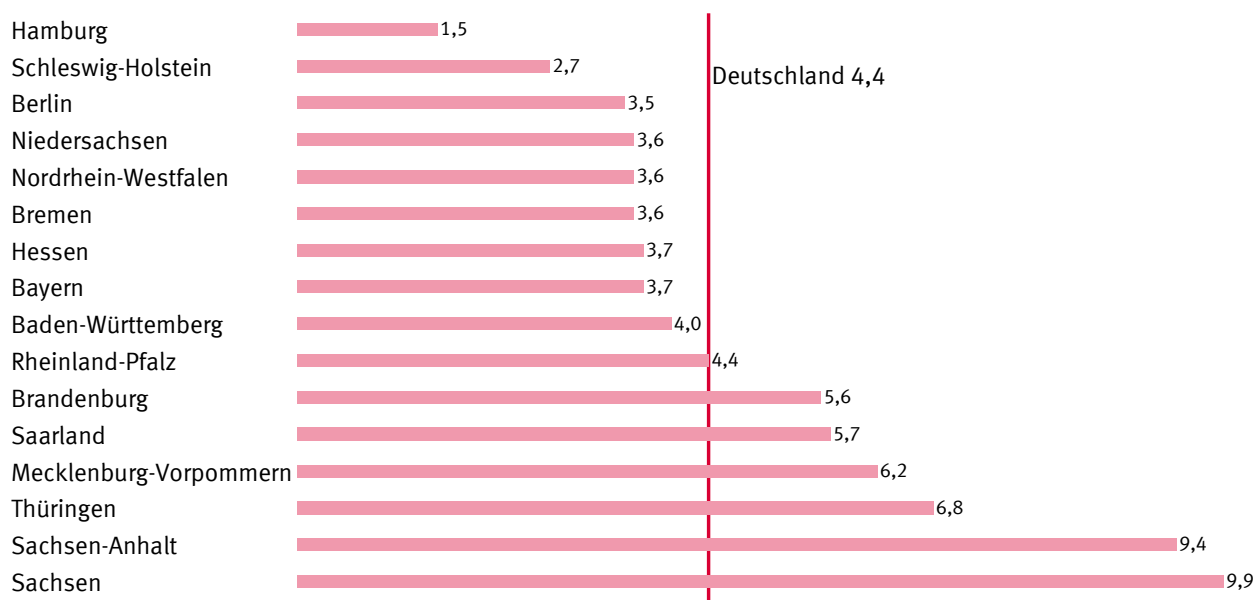
Gegenüber der 1995 nur in den neuen Ländern durchgeführten Gebäude- und Wohnungszählung hat die Leerstandsquote dort – mit Ausnahme von Brandenburg – zugenommen. Die höchste Leerstandsquote bundesweit gab es in Sachsen mit knapp 10 %.

Unter den Großstädten Deutschlands liegt die Leerstandsquote in Chemnitz, Leipzig und Halle über 10 %. Hingegen befinden sich die angespanntesten Wohnungsmärkte mit weniger als 2 % Leerstand in Jena, Münster, Hamburg und Oldenburg.

Schaubild 11

Leerstandsquote

Anteil der leer stehenden Wohnungen an allen Wohnungen in %



In Wohngebäuden, ohne Wohnheime (ohne Ferien- und Freizeitwohnungen, ohne gewerblich genutzte Wohnungen und ohne Diplomatenwohnungen/Wohnungen ausländischer Streitkräfte)

Statistisches Bundesamt

Es gibt erhebliche regionale Unterschiede bei der Wohnungsgröße

Die GWZ 2011 hat für Wohnungen innerhalb von Wohngebäuden (ohne Wohnheime) eine durchschnittliche Größe von 90,7 Quadratmetern festgestellt.

Zum Vergleich: Bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 betrug die durchschnittliche Wohnfläche bezogen auf die damalige Bundesrepublik 85,6 Quadratmeter. Die Wohnraum- und Gebäudezählung 1981 in der DDR wies eine durchschnittliche Wohnfläche von 63,0 Quadratmetern aus.

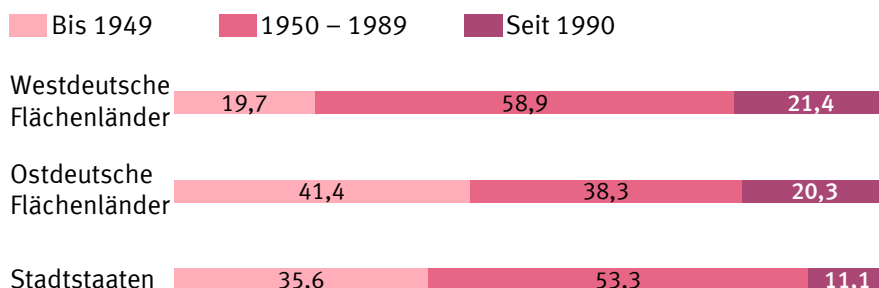
Die GWZ 2011 hat bestätigt, dass in den östlichen Ländern die Wohnungen nach wie vor kleiner sind als in den westlichen Flächenländern. Für die Bundesländer im Osten (ohne Berlin) betrug die durchschnittliche Wohnfläche 78,6 Quadratmeter, während es in den westlichen Flächenländern 95,2 Quadratmeter waren. In den Stadtstaaten sind die Wohnungen mit durchschnittlich 73,9 Quadratmetern deutlich kleiner, wobei dieser Wert klar von Berlin dominiert wird.

Eine durchschnittliche Wohnungsgröße von über 100 Quadratmetern weisen Rheinland-Pfalz, das Saarland und Niedersachsen auf. Am unteren Ende liegen Hamburg (75,1 Quadratmeter), Sachsen (74,3 Quadratmeter) und Berlin (72,2 Quadratmeter), das als Bundesland mit der höchsten Siedlungsdichte auch die kleinsten Wohnungen aufweist.

In den östlichen Bundesländern ist der Anteil der Altbauten höher als in den westlichen Ländern

Die Auswertung nach Baualter zeigt, dass in der Nachkriegszeit in der DDR prozentual weniger Wohnraum gebaut wurde als in Westdeutschland. Für die Zeit nach der Vereinigung kann man nur geringe Unterschiede bei der Bautätigkeit in einzelnen Ost-Ländern feststellen. Auffallend ist Brandenburg, das seit der Vereinigung von der dadurch erst ermöglichten Suburbanisierung Berlins profitiert hat. In Brandenburg wurden zwischen 1990 und 2011 insgesamt 329 000 Wohnungen gebaut. Generell nehmen die Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin bezogen auf den dortigen Bestand mit einer stark unterdurchschnittlichen Bautätigkeit seit 1990 eine besondere Position ein. Grund für die geringe Bautätigkeit sind die begrenzteren Möglichkeiten zur Baulandausweisung im Vergleich zu den Flächenländern.

Schaubild 12
Wohnungen nach Baualterklassen
 in %



In Wohngebäuden, ohne Wohnheime (ohne Ferien- und Freizeitwohnungen, ohne gewerblich genutzte Wohnungen und ohne Diplomatenwohnungen/Wohnungen ausländischer Streitkräfte)

Datenangebot und weitere geplante Veröffentlichungen

Die Zensusergebnisse sind in einer zentralen Zensus-Auswertungsdatenbank abgelegt. Diese Datenbank kann ab heute über das gemeinsame Internetangebot der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (www.zensus2011.de) aufgerufen werden. Die Auswertungsdatenbank bietet sowohl einen statischen Tabellenteil als auch die Möglichkeit einer individuellen Tabellenerstellung (dynamische Tabellenerstellung). Sollten Sie darüber hinausgehende Datenbeziehungswise Auswertungswünsche haben, stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Destatis und in den Statistischen Landesämtern für Sonderauswertungen zur Verfügung.

Anfang 2014 werden weitere Zensusergebnisse über die Wohnhaushalte und ihre Strukturen veröffentlicht. Diese Ergebnisse können wir heute noch nicht präsentieren, da noch nicht alle methodischen Arbeiten abgeschlossen sind. Außerdem werden dann auch Ergebnisse über die von den Erwerbstätigen ausgeübten Berufe vorliegen.

Für einen Teil der heute vorgestellten Zensusergebnisse – dies betrifft nicht die Einwohnerzahlen – kann es aufgrund methodischer Erfordernisse noch zu geringfügigen Änderungen bis zu diesem zweiten Veröffentlichungstermin kommen.